

Newsletter 05/2022

Gegensteuern: Steuern zur Krisenbewältigung und gegen Feudalismus

+++Tax Them Now!+++Italien macht vor, wie eine Übergewinnsteuer funktionieren kann+++Schattenfinanz torpediert Sanktionen und Rechtsstaat+++Wie gerecht sind die Entlastungspakete?+++Zivilgesellschaft übergibt Forderungen an Scholz+++Zentrale Servicestelle für die Steuerfahndungen der Länder gefordert+++

Newsletter - Mai 2022

Unser aktueller Newsletter steht im Zeichen der Frage, wie diejenigen, die von dem Krieg in der Ukraine profitieren fair an den gesellschaftlichen Bewältigungskosten beteiligt werden können. Vorschläge liegen dazu mittlerweile mehrere vor: von einer Vermögensabgabe für reiche, von der Krise profitierende Individuen, bis zu einer Zusatzsteuer auf die Kriegsgewinne der (Energie)konzerne. Und auch am globalen Schattenfinanzsystem geht der Krieg hoffentlich nicht spurlos vorüber. Die neue Ausgabe des Financial Secrecy Index zeigt einmal mehr die unerfreuliche Rolle der G7-Staaten bei der Verschleierung illegaler Gelder. Die USA landen zum ersten Mal auf Platz 1. Gleichzeitig zeichnen sich beim Sanktionsdurchsetzungsgesetz echte Verbesserungen ab - zumindest in der für Herbst angekündigten zweiten Version. Dazu und zu weiteren Themen mehr in unserem Newsletter!

Passend dazu die aktuelle Spiegel-Titelstory: "Die Gesetzlosen. Die feudalistische Welt der Superreichen."

Christoph, David, Julia und Yannick

Vermögen, Erbschaften, hohe Einkommen

Tax Them Now!

Ab dem kommenden Jahr plant Finanzminister Lindner die Schuldenbremse wieder einzuhalten und ab 2026 soll mit der Tilgung der Corona-Schulden begonnen werden. Wenn eine Krise die nächste jagt, wird das nur möglich sein, wenn entweder die Ausgaben des Bundeshaushaltes stark gekürzt oder die Steuern erhöht werden. In der Pandemie ist die Armutsquote auf einen

Höchststand gestiegen, während die [Milliardärsvermögen](#) sogar schneller wuchsen als zuvor.

Deswegen werden die Stimmen lauter, die eine Besteuerung bei den Krisengewinnern und Reichen fordern.

- Den 1. Mai nahmen u.a. [Tax me now](#), [Millionaires for Humanity](#) und das Netzwerk Steuergerechtigkeit zum Anlass, um über den Elefanten im Raum – und in diesem Fall den [Elefanten vorm Brandenburger Tor](#) – zu sprechen. Auch die Politik wisse, dass die Besteuerung von Reichtum Teil der Lösung ist, um die Ungleichheit und die Krise zu bekämpfen. Julia Jirmann (NSWG) kritisierte in ihrer Rede, dass deutsche Konzerne, die dank milliardenschwerer Staatshilfen und Kurzarbeitergelder, horrenden Gewinne in der Krise erzielten, nun [Rekorddividenden](#) an ihre Aktionäre ausschütten und die Krisengewinne damit nun niedrig besteuert privatisieren.
- [Norbert Walter-Borjans und Michael Schrod](#) von der SPD sprechen sich aktuell etwa für eine Besteuerung der Topvermögen aus. Sie erinnern daran, dass die Vermögenssteuer 1997 nur ausgesetzt, nicht aber abgeschafft wurde. Die notwendige Reform der Steuer bleibt aus, weil eine bestens organisierte Lobby alles unternimmt, um die Vermögens- und Erbschaftsteuer als Neidkonstrukt zu brandmarken. Dabei ist Neid moralisch nicht einmal verwerflich, soweit er sich auf ungerechte Verhältnisse bezieht, findet [Bijan Moini](#), Rechtsanwalt und Politologe bei der [Gesellschaft für Freiheitsrechte](#).
- Eine Vermögensabgabe für Reiche und Krisengewinner fordern aktuell [Verdi-Chef Frank Werneke](#) sowie [DIE LINKE](#). Ginge es nach Verdi, würden Privatpersonen ab einem Vermögen von zwei Millionen Euro und Unternehmerinnen und Unternehmer ab einem Vermögen von fünf Millionen Euro zu einer Solidaritätsleistung verpflichtet. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung [Carsten Schneider](#) sieht derzeit in einer Grunderbe ein geeignetes Instrument, um die soziale Ungleichheit einzudämmen. Finanziert durch eine höhere Erbschaftsteuer. Er betont, dass es einem Großteil der Bevölkerung nicht mehr möglich sei, Eigentum zu bilden und dass diese Ungleichheit von Generation zu Generation zunehme.

Vermögensabgabe oder -steuer, Erbschaftssteuerreform oder die gerechte Besteuerung von Kapitalerträgen, oder einen gesunden Mix aus allen dreien; alles ist besser als der Vorschlag des britischen Zentralbank-Chefs: Mit dem Blick auf [apokalyptische Preissteigerungen](#) forderte er Arbeitnehmer*innen auf, sich zu überlegen und zu reflektieren, ob sie Lohnerhöhungen fordern und die Inflation damit weiter anheizen wollen.

Weitere Nachrichten:

- **Großerbschaften werden in Deutschland niedriger besteuert als kleine.** Der Grund: umfangreiche Ausnahmen für reiche Firmenerben. Das ist verfassungswidrig! Daran haben wir den finanzpolitischen Sprecher der FDP, [Herbrand Markus](#), beim Parteitag erinnert und gemeinsam mit [Tax me now](#) und der [Bürgerbewegung Finanzwende](#) die ersten 22.850

Unterschriften unserer [Petition übergeben](#). Die Petition kann weiterhin [unterzeichnet](#) werden!

- **Der „Trickle-Down-Effekt“ wird von Konservativen häufig bemüht**, um Steuersenkungen für große Vermögen und hohe Einkommen durchzusetzen. Die Behauptung: Steuerliche Entlastungen der Oberschicht kurbeln die Gesamtwirtschaft an und kommen so letztlich auch im Geldbeutel der breiten Masse an. Dem Versprechen folgend, sind die Spitzensteuersätze auf Einkommen in den Industriestaaten in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gesunken. David Hope und Julian Limberg vom King's College London [haben untersucht](#), wie sich solche Steuerentlastungen tatsächlich auswirken. Das Ergebnis: Sie machen die Gesellschaft ungleicher, nützen makroökonomisch aber nichts.

Unternehmenssteuern

Italien macht vor, wie eine Übergewinnsteuer funktionieren kann

Analog bzw. alternativ zu einer Vermögensabgabe für reiche Individuen und Unternehmer, könnte eine Extrasteuer auf die Übergewinne von Unternehmen, die besonders umfangreich vom Ukraine-Krieg profitieren, zu einer fairen Lastenverteilung bei der Bewältigung der Krisenkosten beitragen. Wie eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne aussehen könnte, zeigt der Blick über die Landesgrenzen hinaus. Die EU-Kommission hat im März eine [Leitlinie](#) veröffentlicht, welche die Anforderungen für die Besteuerung von Übergewinnen von Stromerzeugern definiert. Und die italienische Regierung hat ebenfalls im März eine entsprechende [Regelung für Energiekonzerne eingeführt](#), die die Umsätze aus zwei Zeiträumen (vor und während der Krise) miteinander vergleicht und auf die Differenz (bei einem Anstieg um mindestens 5 Mio Euro und 10%) eine zusätzliche Steuer erhebt. Die Mehreinnahmen werden auf ca. 4 Milliarden Euro geschätzt.

In Deutschland äußerten sich sowohl die [Grünen-Spitze](#) als auch Linke unterstützend zu einer Übergewinnsteuer. Die Linkspartei im Bundestag fordert in einem [aktuellen Antrag](#) eine Übergewinnsteuer nach italienischem Vorbild, welche die 2022-Gewinne von Energiekonzernen (die die Gewinne des Vorjahres um über 10 Millionen Euro übersteigen) mit zusätzlichen 25% besteuert. Auch von zivilgesellschaftlicher Seite werden entsprechende Forderungen lauter: so [protestierten](#) z.B. Aktivist*innen in Köln vor einer Shell-Raffinerie und forderten aus den Einnahmen einer Übergewinnsteuer den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu fördern. Bedenken gegenüber einer Übergewinnsteuer wären allerdings dann berechtigt, wenn sie sich nicht auf die Umsätze sondern auf die Gewinne der Unternehmen beziehen würde. Zwar befinden sich Tochtergesellschaften von großen Energiekonzernen wie Gazprom und Rosneft in Deutschland, sie weisen hier aber nur vergleichsweise geringe Gewinne aus; der gewünschte Effekt einer Übergewinnsteuer könnte ausbleiben. Eine Orientierung am italienischen Modell und an den Umsätzen wäre also der richtige Weg. Währenddessen [zweifelt FDP-Finanzminister Lindner](#) noch daran,

ob Übergewinne überhaupt identifiziert werden können. Vielleicht könnten ihm die obigen Vorschläge Anregungen geben?

Weitere Nachrichten:

- **US-Präsident Biden und Amazon-Gründer Bezos [streiten auf Twitter](#)**: Kern der Auseinandersetzung war die steigende Inflation. Biden forderte in diesem Kontext, dass die reichsten Unternehmen zunächst ihren fairen Anteil an Steuern zahlen sollten, Bezos wollte demgegenüber keinen Zusammenhang zwischen Steuern und Inflation erkennen und warf Biden "Desinformation" vor.

Schattenfinanz und Geldwäsche

Schattenfinanz torpediert Sanktionen und Rechtsstaat

Seit 2009 veröffentlicht das Tax Justice Network alle zwei Jahre einen Index der größten Schattenfinanzplätze. Diese Woche war es wieder soweit. Deutschland landet erneut auf Platz 7. Die Spitzenposition ging zum ersten Mal an die USA. Mehr als ein Viertel vom anonymen, grenzüberschreitenden Finanzvermögen von geschätzt 10 Billionen US-Dollar verschwindet mittlerweile in den Vereinigten Staaten. Dieses Vermögen umgeht demokratische Gesetze und finanziert gleichzeitig versteckte Einflussnahme auf diese Gesetze. Kaum jemand illustriert das so gut wie die russischen Oligarchen (mehr dazu auf unserer [Themenseite](#)). Vor diesem Hintergrund hat der Bundestag am 19.5. das erste Sanktionsdurchsetzungsgesetz verabschiedet. Das Gesetz schafft eine Rechtsgrundlage und eine Verpflichtung für die Landesbehörden, die in der Schattenfinanzwelt versteckten Eigentümer*innen aller sichtbaren Yachten und Villen zu ermitteln. Das unscheinbare Mietshaus im Eigentum der anonymen Briefkastengesellschaft, das deutsche Aktienpaket im ausländischen Depot und das Gemälde im Kunstlager bleiben weiter unberührt, weil bisher keine Behörde erahnen kann, ob es einen Sanktionsbezug gibt. Die Chance, dass sich das im für den Herbst angekündigten zweiten Sanktionsdurchsetzungsgesetz durch mehr Transparenz und eine Behörde die präventiv und proaktiv nach verdächtigem Vermögen sucht ändert, stehen so gut wie noch nie.

(Hier geht's zu unserer [Stellungnahme](#) mit weiteren Details und zu den äußerst ungewöhnlich ambitionierten [Vorschlägen der Union](#)).

Weitere Nachrichten:

- **FATF gibt Bestnoten für [Geldwäschebekämpfung in Frankreich](#)**: Mit dreimal highly effective, sechsmal substantially effective und nur zweimal moderately effective führt Frankreich den Medaillenspiegel zusammen mit Spanien an. In etwa vier Monaten erscheinen die Ergebnisse für

Deutschland. Sie werden wahrscheinlich schlechter ausfallen. Bei der Bestrafung von komplexer Geldwäsche und der Einziehung von schmutzigem Vermögen war die FATF allerdings auch in Frankreich nicht besonders streng.

- **ICIJ hat [die letzten 9.000 Gesellschaften aus den Pandora Papers](#) in die Offshore Datenbank geladen.** Damit steigt die Zahl der enthaltenen Offshore-Gesellschaften auf mehr als 800.000. Die drei BVI-Gesellschaften, die zusammen 24 Berliner Immobilien besitzen und Verbindungen zum Geschäftsführer des kremlnahen Dialogue of Civilizations Research Instituts aufweisen, sind leider nicht dabei.
- **Mafiosi mit gutem Kontakt zum Richter:** Die Staatsanwaltschaft ermittelte, die Presse berichtete, die angeblichen Mafia-Restaurants laufen trotzdem weiter. [Laut FAZ-Artikel](#) ein möglicher Grund für die Einstellung des Verfahrens: gute Kontakte zwischen Mafiosi und Rechtsstaat, nicht in Italien sondern in Erfurt.
- **Wieder mal Dubai's künstliche Palmeninsel, wieder mal die Emirate als Gangsters Paradise:** dieses Mal [laut ICIJ](#) Heimat für Mitglieder einer irischen Drogen-Gang und ihre in der Freihandelszone registrierten Briefkästen. Immerhin: die Behörden vor Ort haben anscheinend auf den Druck aus den USA reagiert und Maßnahmen ergriffen.
- **Nochmal Dubai, nochmal Drogen:** Bereits im April wurde in Dubai ein 39-jähriger Hannoveraner mithilfe der lokalen Behörden festgenommen. Er war teil einer Drogenbande. Die Behörden in Deutschland und Belgien hatten 2021 rekordverdächtige [35 Tonnen Kokain im Wert von fast 1 Milliarde Euro beschlagnahmt](#) und der Bande zugeordnet. Bei den Festnahmen in Deutschland wurde Vermögen im Wert von 1,5 Millionen Euro sichergestellt. Wie viel wohl noch in Dubai versteckt liegt?

Deutsches Steuersystem

Wie gerecht sind die Entlastungspakete?

Angesichts der stark gestiegenen Kosten für Strom, Gas und Kraftstoffe hat die Bundesregierung ein weiteres [Entlastungspaket](#) beschlossen, um den Preisanstieg bei den Bürger*innen abzufedern. Darin enthalten: steuerliche Entlastungen sowie weitere unterstützende Maßnahmen. Die Kosten für die beiden Energie-Entlastungspakete betragen insgesamt 28,9 Milliarden Euro – der Großteil davon, fast 24 Milliarden, kommt dabei den privaten Haushalten zugute. Dennoch ist nicht für jeden etwas dabei. Insbesondere [Studierende](#) ohne Teil- oder Vollzeitjob und Rentner*innen gehen, zumindest beim zweiten Entlastungspaket, leer aus. Denn sie profitieren weder von der geplanten Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags (um 200 Euro auf 1.200 Euro) oder des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer (um 363 Euro auf 10.347 Euro)

noch von der Energiepreispauschale von 300 Euro für Erwerbstätige und Unternehmer oder der höheren Entfernungspauschale für Berufspendler.

Laut [Webseite der Bundesregierung](#) werden mit den Maßnahmen "vor allem Bürger*innen mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet".

Eine [Untersuchung](#) des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung ([IMK](#)) zeigt, dass dieses Versprechen für Arbeitnehmer:innen mit geringen und mittleren Einkommen, nicht aber für Rentner:innen zutrifft. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellt den Entlastungspakten nur ein unzureichendes Zeugnis aus. Die [DIW-Studie](#) untersucht mit [SOEP](#)-Daten, wie private Haushalte in Deutschland durch die Maßnahmen der Regierung entlastet werden. Das Ergebnis: auch nach den finanziellen Hilfen sind die einkommensschwächeren Haushalte immer noch am stärksten vom Anstieg der Energiekosten betroffen. Zwar erhalten zehn Prozent der ärmsten Haushalte verhältnismäßig zu ihrem Einkommen die größten Hilfen, allerdings nicht so viel, dass die Mehrbelastung ausgeglichen wird. Da ärmere Haushalte prozentual einen größeren Anteil ihres Einkommens für Energie ausgeben müssen, sind sie auch von den steigenden Kosten stärker betroffen als Reichere. Diesen Effekt gleichen die Entlastungspakete nicht aus.

Weitere Nachrichten:

- **Finanzminister Lindner stellt gemeinsam mit seinem Berater, dem früheren Wirtschaftsweisen-Chef Lars Feld sein neues [Konzept](#) zur Finanzpolitik vor.** Dem Titel des 21-seitigen [Strategiepapiers](#) nach will Linder das *Wirtschaftswachstum stärken und inflationäre Impulse vermeiden*. Er kündigt eine wirtschaftsfreundliche Politik und weniger staatliche Ausgabenprogramme an. Mit dem Haushalt 2023 beginne „eine andere Phase der Finanzpolitik“. Die Belastung von Kapitalgesellschaften in Deutschland in Bezug auf die nominalen Steuersätze im internationalen Vergleich sei zu hoch, so das Papier. Gebraucht werde ein "moderates und wettbewerbsfähiges Steuersystem".
- **Den Ergebnisse der [162. Steuerschätzung](#) zufolge entwickeln sich die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen besser als noch in der November-Schätzung erwartet.** Trotz konjunktureller Abschwächung stellt die Schätzung zusätzliche Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr in Aussicht. Für die notwendigen Ausgaben (Kitas, Schulen, öffentliche Verwaltung, Pflege, Verkehr, etc.) werden die erwarteten Mehreinnahmen von mehr als 40 Mrd. Euro aber dennoch nicht ausreichen, [warnt Verdi](#). Statt angezogener Schuldenbremse sei eine Neuverschuldung für diese Ausgaben notwendig.
- **Das Bundesfinanzministerium hat das lang erwartete [Anwendungsschreiben](#) zur Besteuerung von virtuellen Währungen veröffentlicht.** Eine Verschärfung der Steuerregelungen bleibt demnach aus. Anderes hatte der Entwurf des Schreibens aus dem vergangenen Jahr vorgesehen. Kryptoinvestments bleiben in [Deutschland](#) nach

einem Jahr komplett [steuerfrei](#). Und das gilt auch dann, wenn etwa Bitcoins verliehen werden und dafür Zinsen in Form von neuen Coins gezahlt werden. Wer hingegen eine virtuelle Währung vor Ablauf der Einjahresfrist tauscht, sich auszahlen lässt oder damit bezahlt, muss den Gewinn zu seinem persönlichen Einkommenssteuersatz versteuern.

- **Bürger*innen können sich freiwillig an der Tilgung der Staatsschulden beteiligen.** Das eigens dafür eingerichtete "Schuldentilgungskonto" existiert bereits seit 2006. Alle Einzahlungen fließen in den Schuldenabbau. Allerdings gibt es keine Spendenquittung dafür. Aus einer [Anfrage](#) der CDU/CSU ergab sich nun, dass seit Kontoeröffnung insgesamt 63.988,54 Euro auf dem Konto eingegangen sind. Die Einzahlungen lagen zwischen 15 Euro und 25.000 Euro. Daran, dass dieses Konto den meisten unbekannt sein dürfte, wird sich wohl auch künftig nichts ändern. Denn nach eigener Aussage wurde das Konto auf Bürger*innen-Wunsch eingerichtet und die Bundesregierung erwarte keine Beiträge und plane auch nicht an, die Bevölkerung zu solchen Zahlungen zu ermutigen oder diese zu befördern.

Steuern und Entwicklung

Zivilgesellschaft übergibt Forderungen an Scholz

Vom 26. bis 28. Juni wird der diesjährige G7-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft in Elmau bei München stattfinden. Im Vorfeld dazu gab es einen intensiven Austausch deutscher und internationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für fünf verschiedene Themenfelder auf Forderungen an die G7 einigten. Beim Anfang Mai stattfindenden Civil-7 Gipfel übergaben die zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen das daraus resultierende [Forderungspapier](#) an Bundeskanzler Scholz. Auch wir haben uns gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen an den Debatten beteiligt und erreicht, dass das Thema Steuergerechtigkeit im zivilgesellschaftlichen Diskurs weiterhin eine wichtige Rolle spielt. Insbesondere fordern wir die G7 dazu auf

- die globale Regelsetzung für Steuerreformen zu demokratisieren und eine inklusive Beteiligung von Entwicklungsländern durch die Verhandlung einer UN-Steuerkonvention sicherzustellen,
- eine fundamentale Reform der globalen Unternehmensbesteuerung durch das Einführen einer Gesamtkonzernsteuer durchzuführen
- und vollumfassende Transparenzregister über die wahren Eigentümern und wirtschaftlich Berechtigten von Vermögen und Unternehmenskonstrukten einzuführen, um illegale Finanzströme zu unterbinden.

Darüber hinaus wird zu dem Gipfeltreffen Ende Juni von einem Bündnis aus mehr als 15 zivilgesellschaftlicher Organisationen eine [Großdemonstration in München](#) organisiert und im Vorfeld des G7-Gipfels findet unter dem Motto *Global gerecht wirtschaften in Krisenzeiten* ein zivilgesellschaftlicher

Weitere Nachrichten:

- Das **[offizielle Statement](#)** der Sondersitzung des UN Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) beinhaltet als eines der Ergebnisse der Sitzung eine Kritik an der OECD-Unternehmenssteuerreform ("globale Mindeststeuer"). Es verweist darauf, dass viele Entwicklungsländer die Reform als kompliziert und nicht ausreichend auf ihre Bedürfnisse abgestimmt wahrnehmen und einfachere Ansätze bevorzugen, mit Verweis auf die jüngsten [Änderungen der UN Modellvorschriften für Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Entwicklungs- und entwickelten Ländern](#).
- Ein Programm der Tax Inspectors Without Borders im [mongolischen Bergbausektor](#) hat zu Mehreinnahmen in Höhe von 228 Mio Dollar und einer Aberkennung von Verlustvorträgen in Höhe von 1,5 Mrd Dollar geführt. Haupteinnahmequelle war eine Überprüfung der Verrechnungspreise einer großen Bergbaufirma.
- Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (englisch: United Nations Development Programme, UNDP) hat eine **[neue Initiative gestartet](#)**, die Entwicklungsländer dabei unterstützen soll ihre lokalen Steuereinnahmen zu erhöhen und die SDGs zu erreichen. Entscheidend für die Effektivität dieser Initiative wird letztendlich sein, inwiefern auch strukturelle Reformen wie eine UN-Steuerkonvention und eine grundsätzliche Reform der globalen Unternehmensbesteuerung unterstützt werden. Die Verantwortung für die Erhöhung von Steuereinnahmen in Entwicklungsländern kann nicht lediglich auf die dortigen Steuerbehörden abgewälzt werden.
- Die OECD veröffentlicht den Bericht über die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (SDG-Fortschrittsbericht) in den OECD-Staaten. Mit dem Ergebnis, dass die OECD-Länder zwar Fortschritte machen, jedoch bislang nur ein Viertel der messbaren Zielvorgaben (fast) erreicht haben. [Deutschland](#) befindet sich insgesamt im Mittelfeld. Die Studie belegt auch, dass in den meisten Mitgliedstaaten die Einkommensungleichheit in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat, und etwa jeder zehnte OECD-Bürger als relativ einkommensarm gilt. Die Steuer- und Sozialleistungssysteme seien zwar nach wie vor von zentraler Bedeutung, um Armut zu begrenzen und um die Ungleichheit zu verringern, doch haben sie im Laufe der Zeit an Umverteilungskraft verloren, so der Bericht.

Zentrale Servicestelle für die Steuerfahndungen der Länder gefordert

Der [Bundesrechnungshof](#) fordert das BMF auf, 16 Jahre nach der Beauftragung durch den Gesetzgeber endlich eine zentrale Servicestelle für die Steuerfahndungen der Länder im BZSt aufzubauen. Dafür müssten Personal und IT bereitgestellt werden. Als Herangehensweise schlägt der BRH vor, wie 2007 erstmals geplant, die Zentrale Stelle zur Koordinierung von Prüfungsmaßnahmen in länder- und staatenübergreifenden Umsatzsteuer-Betrugsfällen („KUSS“) auf weitere Steuerarten auszuweiten. Eine interessante Nebenbemerkung ist zudem, dass das BZSt mit dem Ankauf der Steuerdaten aus Dubai in 2021 bewusst von einer reinen Koordination beim Ankauf von Steuerdaten (wie Steuer-CDs) zum eigenständigen Ankauf samt Analyse der Daten übergegangen ist und dahingehend seine Kompetenzen erweitert hat. Die [Wirtschaftswoche](#) berichtet zudem exklusiv über einen neu erschienenen BRH-Bericht zur Finanzverwaltung. Das Urteil: Die Bundesbetriebsprüfung leidet wegen Personalmangel und IT-Problemen an einer „enorm“ geschwächten Schlagkraft.

Unser monatliches Cum-Ex-Update offenbart wenige Aufreger. Zum einen hat das Bundesverfassungsgericht die [Verfassungsbeschwerde](#) der MMW gegen Einziehung von Cum-Ex-Taterträgen in Höhe von 176 Mio. Euro abgelehnt. Es liege zwar eine echte Rückwirkung vor, da die Erträge steuerlich verjährt sind; dies sei jedoch „ausnahmsweise wegen überragender Belange des Gemeinwohls zulässig“. Besonders schön die Begründung: „Das Rückwirkungsverbot findet im Grundsatz des Vertrauensschutzes nicht nur seinen Grund, sondern auch seine Grenze“. Wenn Cum-Ex-Verbrecher ihre Taterträge behalten dürften, wäre die Konsequenz wohl in der Tat ein großer allgemeiner Vertrauensverlust in das Justizsystem. Weiteres zu Cum-Ex in den Kurzmitteilungen.

Weitere Nachrichten:

- **Die Prozesstermine am Bonner Landgericht im Fall Hanno Berger wurden zunächst wegen Krankheit des Angeklagten verschoben.** Am 17.05. ging es nun weiter, wie stets mit laufender [Twitter-Berichterstattung](#) von Massimo Bognanni.
- **Im Hamburger Cum-Ex-Untersuchungsausschuss waren der jetzige Finanzsenator [Dressel](#) und der heutige Bürgermeister Tschentscher, der im infrage stehenden Zeitraums Finanzsenator war, als Zeugen vorgeladen.** Die Befragung Tschentschers wurde von [Rücktrittsforderungen](#) begleitet, auch eine weitere [Strafanzeige](#) liegt vor. Die beiden hatten sich in ihrer jeweiligen Amtszeit als Finanzsenatoren unterschiedlich verhalten, mit einem aktiveren Engagement seitens Dressel. Im Nachgang wurde Dressel von Anwälten der Warburg-Bank der [Falschaussage](#) bezichtigt.

Hörens wert:

- Tax Justice Network Podcast: ["Financial Secrecy Index 2022: How does your Nation Rank?"](#)

Veranstaltungen:

- 31. Mai 2022: ["Ending lawless wealth: towards a global asset registry"](#), Webinar des Tax Justice Network
- 3. bis 6. Juni 2022: Open Ohr Festival – Jugendkulturfestival mit Gesprächsforen, Workshops, Kabarett, Livekonzerten und Zeltlager. Dieses Jahr mit dem Thema "Gegensteuern!"
- 13. Juni 2022, 10 Uhr: ["Tax Avoidance and Offshore Wealth: Policies for Tomorrow"](#), High-level Policy Event des EU Tax Observatory; Wo?: Brüssel
- 13. Juni 2022, 18 Uhr: [Kerbholz-Gespräch](#): "Reichtumsuhr trifft Schuldenuhr" mit Ralf Krämer (Ver.di) und Alexander Kraus (Bund der Steuerzahler); Wo: Platz am Rolandufer 11-16, 10179 Berlin
- 24.06.2022, ab 15 Uhr: [G7-Alternativgipfel](#) unter dem Motto "Global gerecht wirtschaften in Krisenzeiten"; Wo? München [EineWeltHaus](#) und online
- 25.06.2022, 12 Uhr: [Großdemonstration zum G7-Gipfel](#); Wo? München Theresienwiese

Wir haben noch viel vor – unterstütze uns dabei!

Hat Dir der Newsletter gefallen? Teile ihn!



Netzwerk Steuergerechtigkeit

Weidenweg 37, 10249 Berlin

Wenn Sie für den Newsletter angemeldet sind, erhalten Sie einmal im Monat eine Mail von uns. Wenn Sie nicht angemeldet sind, erhalten Sie nur ausgewählte Emails.

[Hier können Sie sich in beiden Fällen abmelden](#)

